

---

## **Informativer Rückblick auf ein Jahr Engagement gegen Massentierhaltung**

Auf den Tag genau ein Jahr ist es nun her. Am 30. April 2010 wurde erstmals über die Zeitung bekannt, dass in Springe / [Boitzum ein riesiger Maststall](#) für fast 40.000 Hähnchen gebaut werden soll. Ein zweiter gleichgroßer Stall soll folgen. Laut damaligem Zeitungsbericht die größte Anlage für Massentierhaltung in der Region Hannover.

Etwa genau so lange engagieren sich Springer Gruppen gegen den Bau dieses Stalles sowie gegen andere Anlagen der Massentierhaltung in der Umgebung von Springe. Zeit also für einen Rückblick auf ein Jahr voller neuer Erkenntnisse und Erfahrungen für viele von uns, auf ein Fazit und einen Ausblick in die Zukunft.

Alle Zitat entstammen der örtlichen Presse und sind fett gedruckt. Viele Stellen im Text sind mit weiterführenden Links hinterlegt.

Gleich nach Bekanntwerden des Bauvorhabens gründete sich eine Bürgerinitiative. Erste kritische Stimmen wurden laut, ob eine so große Mastanlage in unsere ländliche Gegend passt, welche gesundheitlichen Gefahren drohen, ob Luft, Wasser und Boden belastet werden, ob die Mast von so vielen Tieren in einem Stall mit dem Tierschutz vereinbar ist, und viele weitere Fragen tauchten auf. Vom hiesigen Ortsrat und auch von der Stadt Springe war zu den Bedenken der Bürgerinitiative keine Stellungnahme zu bekommen. Der Ortsrat Holtensen, Boitzum, Wülfinghausen ist bis heute nicht bereit sich des Themas anzunehmen – will Neutralität waren. Aus meiner Sicht ist es eine schlechte Entscheidung gerade in dem Gremium, das den Bürgern am nächsten ist, nämlich dem Ortsrat, ein Problem totzuschweigen, dass uns hier vor Ort alle angeht. Wir wissen heute, dass die Entscheidung über das Maststallprojekt weder im Ortsrat noch in Springe, sondern bei der Region Hannover als Genehmigungsbehörde getroffen wird. Dennoch musste im Vorfeld das "Einvernehmen" hergestellt werden. Der Weg, wie dieses Einvernehmen in Springe hergestellt wurde, und von wem, ob es ein Einvernehmen des Orsrates Holtensen gegeben hat oder nicht usw. konnte uns bis heute nicht eindeutig aufgezeigt werden. Auch wenn die Verweigerung des Einvernehmens keinen wesentlichen Einfluss auf das Genehmigungsverfahren hat, wäre es immerhin ein Zeichen gewesen, dass das Thema Massentierhaltung im Bereich der Stadt Springe zumindest kritisch gesehen wird. Eine kritische Sichtweise gab es vor einem Jahr aber nicht. **"Die Stadt Springe sieht keine Möglichkeit, den Plänen nicht zuzustimmen. „Alles andere wäre Willkür“, sagt Baudezernent Hermann Aden." und "Sowohl Baudezernent Aden als auch der für Boitzum zuständige Ortsbürgermeister Heinrich Freimann gehen dennoch davon aus, dass es gegen den Springer Mastbetrieb keine gravierende Proteste geben wird."**

Die vom Bauherren der geplanten Mastanlage kurz nach dem ersten Presseartikel veranstaltete "[Informationsveranstaltung](#)" empfanden wir als eine Werbeveranstaltung der Vertreter der industriellen Massentierhaltung, die seitens der Stadt durch Herrn Aden bereits in dem frühen Stadium der Planung unterstützt wurde. Viele bei der Veranstaltung vorgetragene Informationen waren den Zuhörern damals neu. Heute wissen wir wie einseitig dort das Thema Massentierhaltung beschönigt wurde und auch wie haarsträubend falsch und unkritisch vieles dargestellt wurde. Sowohl was die Wirtschaftlichkeit des Projektes als auch die Tierschutzaspekte angeht hat das vergangene Jahr gezeigt, wie es wirklich in der Geflügelmast aussieht. Doch nicht nur strategisch

sieht der Bauherr sein Projekt gut aufgestellt – auch die Haltung der Tiere sei unproblematisch. **„Sie sind unter ständiger Kontrolle und können ihrem natürlichen Verhalten nachgehen.“** Dieses [Zitat](#) zeigt uns in welchem hohem Maße der Bauherr die tatsächliche Situation der Tiere in der Massentierhaltung verkennt. Man erinnere sich nur an die vielen Skandale, die in der letzten Zeit im Bereich Massentierhaltung aufgedeckt wurden und die Bilder von katastrophalen Zuständen in den Mastställen.

Auch die mögliche Gesundheitsgefährdung (Keime, Staub etc.) wurde unkritisch verharmlost, ist aber höchst umstritten und, wie sich in den folgenden Monaten zeigte, sogar in vielen Studien bewiesen. Noch im Erörterungsverfahren zu einem Hähnchenmaststall in Groß Munzel (März 2011) wurde von der Antragstellerseite behauptet, es gäbe keine Filter, die für Stäube aus Hähnchenmastanlagen geeignet bzw. zugelassen wären. Dies konnte unter anderem von proM.U.T. e.V. eindrucksvoll unter Angabe des Filters mit den entsprechenden Unterlagen widerlegt werden und musste anschließend vom Vertreter der Antragsseite bestätigt werden. Das Ende der Informationsveranstaltung in der Scheune des Bauherren beschreibt die Presse so, dass sich die Familie des Bauherren enttäuscht zeigte. **„Es werden miese Ängste geschürt und reißerische Parolen verbreitet.“ Von einigen Nachbarn müsse man sich in Zukunft distanzieren.“** Wir finden es traurig, dass die Meinungen, Fragen und Ängste von Mitbürgern in dieser Weise abgetan werden. Gerade wenn es im dörflichen Bereich um Vorhaben geht, die dem vermeintlichen Vorteil Einzelner dienen und für die anderen Mitbürger zumindest mit Nachteilen behaftet sind, sollte man sich nicht voneinander distanzieren, sondern aufeinander zugehen. Von unserer Seite wurde der Kontakt mehrmals versucht, er blieb ohne Antwort. Unser Widerstand gegen industrielle Mastanlagen wurde zu keinem Zeitpunkt mit persönlicher Kritik an der Familie des Bauherren verbunden und das wird auch so bleiben. Es ist für uns eine Auseinandersetzung in der Sache, die wir allerdings konsequent weiterführen werden.

Die Geflügelwirtschaft insgesamt versucht in den letzten Monaten mangels anderer Argumente die Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung insgesamt als bauernfeindlich darzustellen. Auch dies können wir so nicht stehen lassen. Vielmehr liegt uns sehr daran mit den Landwirten Lösungen und Zukunftsperspektiven zu diskutieren, die Vorteile für alle bringen und den mittelständischen landwirtschaftlichen Betrieben wirtschaftlich planbare Grundlagen bieten und nicht weiter in die Abhängigkeit von wenigen Agrarkonzernen führt. Dies betrifft nicht nur die Tierhaltung. Eine Umstellung in Richtung ökologischer Landwirtschaft ist dabei unsere Vorstellung von verantwortungsvollem Umgang mit der Natur. Das bei Veranstaltungen immer mehr konventionelle Landwirte ihre Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen darstellen und mit uns ins Gespräch kommen kann der Sache im Sinne eines konstruktiven Miteinanders nur dienen.

Vom Bauherren wurde einige Zeit nach der ersten Info-Veranstaltung dann eine Besichtigung des Versuchsgutes Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover organisiert, zu der Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen waren und teilnahmen. Dort wurden vom Leiter des Gutes, Dr. Sürle, vor dem Rundgang viele Punkte auch mit globalem Bezug zur Massentierhaltung beleuchtet. Durchaus nicht unkritisch, was damals nach unserer Wahrnehmung auch dem Bauherren nicht verborgen geblieben ist. Letztlich wurde von Dr. Sürle der Verbraucher aufgefordert, sein Verhalten zu ändern, um Änderungen in der Tierhaltung zu ermöglichen. Auch die [Wirtschaftlichkeit von Massentierhaltung](#) wurde in dem Vortrag kritisch betrachtet und in ihrer Abhängigkeit von vielen Aspekten dargestellt. Auf tiefer gehende Fragen gab es allerdings keine ausreichenden Antworten, aber immerhin den Verweis auf mögliche Informationsquellen, die wir später gern genutzt haben. Eine Darstellung der wirklichen Verhältnisse in Mastställen kann das Forschungsgut Ruthe nicht zeigen. Die Besichtigung des Geflügelstalles hat uns damals allerdings einen ersten Einblick in einen solchen Stall gegeben. Dies ist normalerweise ja nicht möglich, weil Ställe, wie die in Boitzum geplanten, abgeschottet werden und für Besucher nicht zugänglich sind. Aus gutem Grund – auch das wissen wir heute.

Der Sommer des letzten Jahres war seitens der Bürgerinitiative von verschiedensten Aktivitäten geprägt. Kontaktaufnahmen mit dem Bauherren blieben dabei erfolglos. Von Mitgliedern der

Bürgerinitiative wurde auch versucht [mögliche Alternativen](#) aufzuzeigen, die die wirtschaftliche Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben sichern können, ohne in die gerade auch wirtschaftlich unsichere Zukunft von Massentierhaltung eine Millionensumme zu investieren. Leider gab es auch hier nie eine Rückmeldung.

Schriftliche Anfragen an die Bürgermeister, die Vorsitzenden der Fraktionen im Rat der Stadt Springe, den Stadtrat Aden, kirchliche Vertreter usw. blieben in der Mehrzahl ebenfalls unbeantwortet. Die wenigen, die eine Antwort schickten, ließen erkennen, dass sie "unser Ansinnen durchaus ernst nehmen", in Teilen auch unterstützen. Überwiegend wurden aber darauf hingewiesen, dass die Entscheidungen an anderer Stelle getroffen werden und man selbst ja wenig Einflussmöglichkeiten habe. Wir haben das so empfunden, dass viele der Angeschriebenen sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht äußern wollten, und diejenigen, die antworteten, bestrebt waren die Verantwortung für etwas, was bei uns direkt vor Ort entstehen soll, möglichst weit wegzuschieben, nämlich an die Region Hannover als Genehmigungsbehörde. Dass dort tatsächlich die Entscheidung über Genehmigung oder Ablehnung des Bauvorhabens gefällt wird wissen wir, aber dass die von uns gewählten Vertreter vor Ort keine eindeutige Meinung zu dem Projekt haben oder diese uns gegenüber zumindest nicht öffentlich äußern wollten, ist der Situation nicht angemessen. Eine rühmliche Ausnahme muss hier erwähnt werden. CDU Politiker und [Ortsbürgermeister in Bennigsen Harmut Rieck](#) hat eine so eindrucksvolle Stellungnahme gegen die Massentierhaltung abgegeben, wie sie eindringlicher auch aus der Bürgerinitiative nicht hätte kommen können. **"Durchschnittlich ein Zehntel von ihnen (Anm.: gemeint sind Hähnchen) verende qualvoll, berichtete Rieck – „das alles für ein paar Cent Gewinn“, weil sich das Geschäft aufgrund der hohen Energiekosten und des Preisdrucks in der Branche eigentlich kaum lohne. „Ich empfinde für den Umgang mit den Tieren nur Ekel und Abscheu“, schloss Rieck, der zudem überzeugt ist: „Mit dem christlichen Anspruch der CDU ist das nicht vereinbar.“**

Zu anderen Schlüssen kommt der FDP Politiker Seebürger. Er warnte davor den Bauern die Einkommensgrundlage zu entziehen und Fleisch sei seiner Meinung nach in der deutschen Geschichte noch nie so hochwertig gewesen wie heute. Er kommt zu dem Schluss: **„Ein Tier, das sich wohlfühlt, wächst auch gut.“** Im Zusammenhang mit der agroindustriellen Massentierhaltung von Hähnchen kann man diesen Satz nur als zynisch bezeichnen. Von jemandem der es gewohnt ist viel mit Tieren umzugehen, wie Herr Seebürger, sollte man verantwortungsvollere Aussagen erwarten können. Seine Worte lösten auch bei SPD und Grünen Politikern Kopfschütteln aus. Geäußert wurden diese Meinungen anlässlich einer im Rat der Stadt Springe von den Grünen [eingebrachten Resolution](#) in der die Landesregierung aufgefordert wird, sich für ein Verbot „agroindustrieller Mastanlagen“ einzusetzen. Die Resolution wurde am Ende mit den Stimmen der SPD und der Grünen angenommen. Sie ist andernorts bei vielen Diskussionen lobend erwähnt worden, oft mit der Anmerkung dem Beispiel zu folgen. Man kann nur hoffen, dass den Springer Lokalpolitikern dieser Umstand wirklich auch bewusst ist. Denn tatsächlich sind es solche Resolutionen von "unten", aus den Gemeinden, aus den Stadträten, die den Druck in Richtung auf eine Änderung in der Gesetzgebung zum [§35 Baugesetzbuch](#) verstärken. Dieser §35 beinhaltet das privilegierte Bauen im Außenbereich und ermöglicht es, dass riesige Mastställe in industriellen Dimensionen mitten in der Landschaft errichtet werden können. Er verfehlt damit inzwischen völlig seinen ursprünglichen Sinn und bedarf dringend einer Änderung. Nicht zuletzt die Beharrlichkeit der inzwischen ca. 100 Bürgerinitiativen im Netzwerk "Bauernhöfe statt Agrarfabriken" hat auf Regions-, Landtags- und auch Bundesebene dieses Thema weit nach vorne gebracht. In einem Schreiben des SPD Bundestagsabgeordneten Miersch an proM.U.T. heißt es: **"Schaut man sich die Entwicklung der Massentierhaltungsanlagen und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (vor allem Urteil von 1983) im Verhältnis an, so sieht man, dass die eigentliche Absicht des Gesetzgebers, Vergrößerungen landschaftlicher Betriebe durch die Privilegierung zuzulassen, unterlaufen wird. Es geht nicht um die Vergrößerung oder den Ausbau eines Betriebes, sondern um die Schaffung eines völlig neuen Wirtschaftsbereichs. Es ist auch fraglich, ob es sich überhaupt noch um eine landwirtschaftliche Stätte handelt.**

**Ich sehe es als Lebensmittelproduktionsanlage, die mit Landwirtschaft im eigentlichen Sinn des § 35 BauGB nichts mehr zu tun hat. Hier wird man vielleicht als Träumer abgestempelt werden. Die aktuellen Futtermittelskandale zeigen aus meiner Sicht aber, dass auch diese grundsätzliche Frage gestellt werden muss, was für uns eigentlich Landwirtschaft und was industrielle Produktion ist. Eine Privilegierung im BauGB ist jedenfalls nicht mehr gerechtfertigt." Und weiter: "Massentierhaltungsanlagen müssen von der Privilegierung in § 35 I Ziff. 1 und 4 ausgeschlossen werden. ... Die Abgrenzung landwirtschaftlicher Betriebe zur Agrarfabrik ist nach meiner Meinung aber ein Kriterium, das ausformuliert werden müsste."** In diesem Fragen strebt Miersch eine Zusammenarbeit mit den Grünen im Bundestag an. Wir werden beobachten, ob sich dort tatsächlich etwas tut. Denn zeitgleich mit dem obigen Brief hat sich Miersch, wie seine Fraktion auch, im Bundestag bei der Abstimmung über einen [Gesetzentwurf der Grünen zum §35](#) der Stimme enthalten. Eine Zustimmung wäre aus unserer Sicht das richtige Zeichen gewesen, wenn die obigen Ausführungen wirklich ernst gemeint sind. Dass die Resolution nicht mehrheitsfähig war, stand bei den Kräfteverhältnissen im Bundestag ja von vornherein fest.

Weiter wurde von der Bürgerinitiative eine Unterschriften – Aktion im gesamten Springer Stadtgebiet gestartet. Das Ergebnis waren etwa 1400 Unterschriften gegen die geplante Hähnchenmast in Boitzum. Kopien der Aktion wurden vor kurzem anlässlich einer Versammlung der Regionsabgeordneten bei einer [Demonstration](#) zusammen mit den Unterschriften anderer Bürgerinitiativen (insgesamt rund 10.000 Unterschriften) übergeben.

Mit der Gründung von proM.U.T. Verein für Menschen, Umwelt, Tiere e.V. wurde der Widerstand im Herbst 2010 noch weiter intensiviert. Eine der ersten Aktivitäten des Vereins war die Gründung der [Calenberger Initiativen \(CI\)](#) – einem Netzwerk gegen Massentierhaltung, dem ca. 10 Initiativen aus der Umgebung von Springe angehören. Die regelmäßige Treffen seit Dezember 2010 in Eldagsen und die gut funktionierende Zusammenarbeit haben dazu geführt, dass die Sensibilität auf unsere Forderungen bei den Politikern sowohl auf Regions- als auch auf Landesebene größer geworden ist. Auch Mitglieder der Verwaltung der Region haben ein offenes Ohr für unsere Anliegen. Die bestehenden Kontakte werden weiter intensiviert und neue geknüpft.

Ein großer Schritt nach vorn war die Entwicklung im Emsland. Dort hatte man erkannt, dass die Genehmigung weiterer Ställe nicht nur von der Bevölkerung abgelehnt wird, sondern auch die Konzentration an Massentierhaltung die Grenze des Zumutbaren für Menschen und Umwelt (Tiere eingeschlossen) bereits überschritten hat. Hinzu kamen die Forderungen zur Beachtung der geltenden Gesetze hinsichtlich Brandschutzmaßnahmen und die Erstellung von Keimgutachten. Gerade beim Brandschutz hat proM.U.T. in Kooperation mit den Calenberger Initiativen und vielen anderen äußerst beharrlich auf die Region eingewirkt. Die Veröffentlichung der [Standards für Brandschutz durch die Region Hannover](#) in der Folge ist ein Teilerfolg. Wir hoffen, dass zumindest in der Zukunft dieser neue Standard umgesetzt wird. Die für Mastställe in der Vergangenheit geforderten Brandschutzmaßnahmen entsprachen nach unserer Ansicht nicht den gesetzlichen Vorschriften. Einer vom Gesetz auch damals schon geforderten Möglichkeit zur Rettung von Tieren im Brandfall wurde keine Aufmerksamkeit geschenkt und damit der [§ 20 NbauO](#) nicht ausreichend beachtet. Das Genehmigungsverfahren zum Stall in Groß Munzel wird zeigen, ob die Region Hannover ihren neuen Standard zum Brandschutz nun auch durchsetzen wird.

Viele [Skandale im Bereich der Tierhaltung](#), der [Dioxinskandal](#), Veröffentlichungen von Videoaufnahmen aus Mastställen durch [Tierschutzorganisationen](#) und die Arbeit der vielen Bürgerinitiativen haben dazu geführt, dass auch im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium die Zeichen der Zeit erkannt wurden. Der "[Tierschutzplan Niedersachsen](#)" wurde kürzlich veröffentlicht. Dieses Papier ist ganz sicher sehr kritisch zu beurteilen, besonders hinsichtlich des Zeitrahmens, der bei vielen Maßnahmen gesetzt wurde. So sollen viele Verbesserungen laut diesem

Plan erst in einigen Jahren oder sogar erst 2018 umgesetzt werden. Begründet wird das mit Forschungsbedarf bei der Umsetzung. Nach unserer Auffassung sind viele Maßnahmen zum Tierschutz in der Massentierhaltung jedoch zumindest soweit erforscht und belegt, dass diese Maßnahmen zum Wohle der Tiere sofort umgesetzt werden müssen und können. Beispiele für die erfolgreiche Praxistauglichkeit solcher Maßnahmen gibt es schon länger. Man muss sie nur zur Kenntnis nehmen wollen. Eine begleitende Forschung zur Verbesserung und Überprüfung aller Maßnahmen wäre dann der richtige Weg. Es gibt keinen Grund Tiere in dem heutigen Ausmaß in unseren Massentierställen weiter zu quälen. Dass Nutztiere in den bestehenden Haltungsformen leiden und um welche tierschutzrelevanten Aspekte es im Einzelnen geht kann man im "[Tierschutzplan Niedersachsen](#)" nachlesen. Diese, wenn auch unvollständige, Aufzählung der Probleme ist als kleiner Fortschritt zu sehen, da die Vorgängerin vom jetzigen Landwirtschaftsminister Lindemann, Frau Grotelüschen, noch kurz vor ihrem längst überfälligen Rücktritt, jegliche Probleme in der Nutztierhaltung bestritten hatte. Ob der Tierschutzplan von Minister Lindemann nur eine wahlkampfaktische Maßnahme ist oder, ob er wirklich mit Ernsthaftigkeit angegangen wird, werden wir in Zukunft beobachten und kritisch begleiten. Überhaupt wird die Einflussnahme in unserem Sinne bei den anstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen eines der wichtigen Themen der Calenberger Initiativen für die nächsten Wochen sein.

Überdeutlich hat das vergangene Jahr vielen von uns vor Augen geführt wie sehr wir grundlegende Dinge aus unserem Leben verdrängt haben. Eines dieser Dinge ist das Wissen oder Nichtwissen oder Nichtwissenwollen um die Art und Weise, wie unsere Nahrungsmittel produziert werden. Viele von uns haben sich die Frage gestellt, wie es sein konnte, dass wir uns über Jahre zumindest nicht in ausreichendem Maße mit den Bedingungen in der Fleischproduktion, um nur ein Beispiel zu nennen, beschäftigt haben. Warum haben wir uns nicht früher schon mal ernsthaft die Frage gestellt, wie es möglich sein kann, dass ein Hähnchen im Supermarkt für unter 2 € zu bekommen ist. Hätten wir nicht viel früher schon aufmerksam werden können und müssen, dass hier etwas nicht stimmen kann. Ja – das muss man zugeben, als Verbraucher haben auch wir (jedenfalls zu viele von uns) versagt. Da bleibt zurecht auch ein schlechtes Gewissen zurück. Mit der Anerkennung dieser Selbstkritik haben wir jetzt allerdings um so mehr gute Gründe uns für Verbesserungen zu engagieren. Angefangen bei unserer eigenen Ernährung und mit unserem Kaufverhalten. Die Frage, ob man persönlich soweit gehen will, nun völlig auf Fleischverzehr zu verzichten, oder, ob man seine Fleischmahlzeiten reduzieren möchte und auf Fleischprodukte aus ökologischer Produktion zurückgreift, muss sich jeder selbst beantworten. Eine mögliche Antwort ist sicher der inzwischen auch in vielen Kantinen angekomme fleischfreie Donnerstag.

Zum Abschluss noch eine sehr kreative und humorvolle Aktion, die von Unbekannten zum ersten April durchgeführt wurde. Über Nacht wurde ein [Bauschild am Fahrenbrink in Springe](#) aufgestellt: "Neubau einer Hähnchenmastanlage" der Firma Deisterchicken. Natürlich ein Aprilscherz – aber überzeichnend realistisch und geeignet nochmals Bürger für das Maststallgeschehen in Springe zu sensibilisieren. Das Bauschild war tagelang Gesprächsthema in Springe. Da niemand bisher weiß, wem es gehört bzw. wer es aufgestellt hat, wurde es vom Bauern, auf dessen Feld das Schild stand, bei ebay versteigert. Es brachte immerhin 100 € und ging an einen Springer Gartenbaubetrieb.